

## Erneute Spannungen zwischen Naftogaz und Gazprom

**Naftogaz hat unlängst im Verfahren gegen Gazprom vor dem Stockholmer Schiedsgericht Ansprüche auf Schadensersatz in Höhe von 2,6 Mrd. USD zugesprochen bekommen. Derzeit kommt es jedoch erneut zu Spannungen über die Umsetzung der Entscheide, die sich möglicherweise negativ auf die europäische Gasversorgung im Januar 2020 auswirken können. Gazprom sollte dabei ein vernünftiger und verantwortungsvoller Diskussionspartner sein. Naftogaz und die Ukraine sollten hingegen den Reformprozess fortsetzen und die Verhandlungen über Transittarife nicht dazu nutzen, den Status Quo beizubehalten.**

### Der Stockholmer Schiedsspruch

Die lang erwarteten Schiedssprüche des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm (im Folgenden: Schiedsgerichtsinstitut) in den Verfahren zwischen Naftogaz und Gazprom wurden im Dezember 2017 und Februar 2018 bekannt gegeben. In den Verfahren, die 2014 von Gazprom initiiert wurden, ging es um große Summen bei den zentralen Streitthemen jährliche Gastransitvolumina, Gaspreisformel und „Take-or-Pay“-Mengen (verpflichtende Abnahmemengen) der Liefer- und Transitverträge von Januar 2009, die zum 31. Dezember 2019 auslaufen.

Insgesamt geht Naftogaz mit einer Nettosumme von 2,6 Mrd. USD als Gewinner aus den Verfahren. Das Schiedsgerichtsinstitut reduzierte die „Take-or-pay“-Mengen auf ein Minimum von 4 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr und entschied, dass sich die Gaspreise an einem deutschen Knotenpunkt („Hub“) für Gashandel orientieren sollen. Weiterhin legte es fest, dass Gazprom Entschädigungszahlungen leisten muss, da das Unternehmen Transitzapazitäten von weniger als 110 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr genutzt hatte. Naftogaz konnte bisher nicht seinen neuen Zahlungsmechanismus für Ein- und Ausspeisekapazitäten umsetzen. Auch die Übergabe des Transitvertrages an den neuen Übertragungsnetzbetreiber (transmission system operator, TSO) ist noch nicht erfolgt.

Doch obwohl die Schiedssprüche lange erwartet wurden, konnten sie die dringend notwendige Normalisierung in den Beziehungen zwischen den beiden Unternehmen nicht herbeiführen – ganz im Gegenteil.

### Gazprom sorgt für große Unsicherheit

Anstatt die Schiedssprüche zu akzeptieren, verweigerte Gazprom am 1. März die Lieferung einer kleinen Menge im Voraus bezahlten Gases an Naftogaz und erstattete stattdessen die Vorauszahlung, die auf Grundlage einer Rechnung erfolgte. Dies führte inmitten einer Kältewelle zu örtlichen Versorgungsengpässen.

Gazprom verurteilte die Entscheidung des Instituts als ungerecht (und kritisierte dabei insbesondere das Fehlen einer sinnvollen „ship or pay“ Regelung für den Transit), und kündigte an, die Entscheidungen anzufechten. Das Unternehmen hat außerdem einen Prozess zur Aussetzung von Käufen und Verkäufen sowie zur Terminierung der Transitverträge begonnen. Diese Schritte sind rechtlich möglich und die aktuellen Verträge bleiben bis zum Beginn und der Entscheidung einer Gerichtsverhandlung und eines Schiedsprozesses in Kraft. Gleichzeitig unternimmt Naftogaz rechtliche Schritte zur Umsetzung der Schiedssprüche, zur Wiedereinführung eines Anspruches auf Änderung der Transittarife sowie zur Durchsetzung seiner Zahlungsforderungen einschließlich Zinsen.

Gazprom's Reaktion verhärtet die Position der Ukraine bezüglich ihrer Maximalforderungen bei den Transittarifen auch nach 2020, die Gazprom jedoch angesichts der geplanten Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und Turkish Stream nicht erfüllen wird. Dies könnte im Januar 2020, also mitten im Winter, zu einer teilweisen Unterbrechung russischer Gaslieferungen nach Europa führen.

Gazprom hat wahrscheinlich ausreichend andere Lieferquellen, um den Fall höherer Gewalt in seinen wichtigsten langfristigen Verträgen zu vermeiden und dabei gleichzeitig von höheren Preisen zu profitieren. Ein Engpass in den Lieferungen im Januar 2020 könnte jedoch das Vertrauen in Erdgas erschüttern. Dabei ist es möglich, dass es zu einem Abwenden weg von Gas und hin zu anderen Energieträgern kommt. Kanzlerin Merkel warnte vor kurzem, dass Klarheit bezüglich zukünftiger Gastransitlieferungen durch die Ukraine bestehen sollte. Dies ist ein deutliches Zeichen für die starke politische Dimension der Diskussionen.

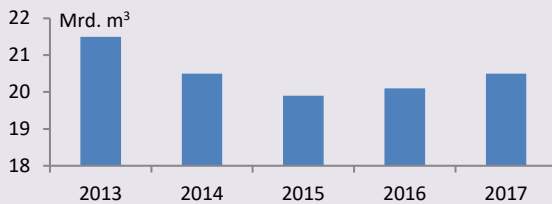
### Die Vernunft sollte siegen

Zwischen Russland und der Ukraine laufen derzeit mehrere Schiedsverfahren, deren Entscheidungen für beide Parteien bindend sind: Eurobonds, Gasvorkommen auf der Krim, die Krimbrücke sowie Gasverträge. Die EU und andere Akteure sollten dies unterstützen.

Um seinem Anspruch, ein zuverlässiger Gaslieferant für Europa zu sein, gerecht zu werden, sollte Gazprom das ukrainische Gastransitsystem auch nach 2020 weiter nutzen, auch wenn alternative Routen möglich sind, um saisonale Schwankungen ausgleichen zu können und Reservekapazitäten halten zu können.

Die Ukraine muss die Tatsache akzeptieren, dass russische Gastransitmengen zurückgehen werden. Daher sollte die eigene Gasproduktion deutlich aufgestockt werden. Bisher gibt es dabei wenig Fortschritte.

### Einheimische Gasproduktion



Quelle: Naftogaz

Die Glaubwürdigkeit der Ukraine als Transportroute wird in Mitleidenschaft gezogen, wenn die Transitrate des Landes offensichtlich Lieferungen aus Russland benachteiligen. Das neue Buchungssystem für Ein- und Ausspeisekapazitäten ist ein Schritt in die richtige Richtung und konform mit der EU-Praxis. Jedoch sollte die Ukraine ihre Preisgestaltungsmacht nicht zu sehr ausreizen und einen verbesserten Tarifplan erarbeiten, der auch kompetitive und komplexe Speicheroperationen aus dem Ausland ermöglicht.

Die Entflechtung von Naftogaz sollte fortgeführt werden, wobei klar sein muss, dass dies ein komplexes Unterfangen ist, das auch in der EU schwierig war. Im Kontext einer schwachen Rechtsstaatlichkeit und bestehender Partikularinteressen ist die interne Uneinigkeit in der Ukraine über solche entscheidenden Fragen schädlich. Es gibt nur einen Weg nach vorn: Er sollte sich an den Prinzipien Konsistenz, Klarheit, Transparenz, Verantwortlichkeit und Effizienz ausrichten. Außerdem sollte die Rolle der Aufsichtsräte in den staatlichen Unternehmen weiter gestärkt werden, um so das Vertrauen zu fördern. Dies gilt auch für den Regulierer und seine Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut.

Die EU sollte diesen Prozess unterstützen und sicherstellen, dass die verbleibenden Wettbewerbsprobleme in Zentraleuropa in Bezug auf Netzwerkzugang angegangen werden. Außerdem sollte sie sich dafür einsetzen, dass die Ukraine ein wichtiges Transitland bleibt. Diese Zusage wurde auch deshalb gemacht, um die Ukraine zu Gasmarktreformen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft bei der Energiegemeinschaft zu ermutigen.

### Mögliche Zusammenarbeit mit europäischen TSOs

Berichten zufolge ziehen mehrere europäische Übertragungsnetzbetreiber (TSOs) die Teilnahme an einer Ausschreibung in Erwägung, die aktuell von der ukrainischen Regierung vorbereitet und von der EU-Kommission unterstützt wird, um einen Partner für den neu eingerichteten TSO zu finden. Es haben sich zwei Teams gebildet: Einerseits sind das Eustream (Slowakei) und Snam (Italien), andererseits GRTgaz (Frankreich), Gasunie (Niederlande) und Transgaz (Rumänien). Die letztere Gruppe hat bereits einen Managementvertrag für das gesamte Gasleitungssystem erarbeitet. Dieser beinhaltet sowohl die Schulung der Angestellten, die Ernennung des Managements,

die Ausschreibungskontrolle sowie die Unterstützung wichtiger Operationen wie z.B. Ausgleichsoperationen. Dieser Plan könnte schnell umgesetzt werden. Das erste Team konzentriert sich eher auf das Management und den Betrieb der Infrastruktur, die allein dem Gastransit dient.

### Ausblick

Die Ukraine sollte diese Möglichkeit nutzen, um das Management, die Effizienz und die Transparenz ihres Gasleitungssystems zu verbessern. Auch sollte die Chance genutzt werden, sich von den europäischen Firmen bei der Erarbeitung eines neuen Tarifs zum Gastransport unterstützen zu lassen. Das Land sollte europäischen Gaskäufern die Möglichkeit eröffnen, russisches Gas durch die Ukraine zu transportieren, wodurch Risiken für Gazprom langfristig weiter sinken würden. Gleichzeitig könnten die Gasabgabepunkte der bestehenden Verträge unberührt bleiben. Europäische Partner könnten auch für die Zertifizierung des neuen Übertragungsnetzbetreibers sorgen und bei der nachhaltigen Entflechtung regionaler Gasunternehmen unterstützen, sodass das gesamte System transparenter wird. Schließlich könnte eine solche Partnerschaft zu einem konstruktiven Dialog mit Gazprom über Bedingungen zum Gastransport nach Januar 2020 beitragen. Diskussionen über Privatisierungen und Infrastrukturinvestitionen sind hingegen nicht von höchster Priorität. Eine Ausnahme gilt lediglich für den Bau von Messstationen an einigen Einspeisepunkten auf der ukrainischen Seite der Grenze zwischen Russland und der Ukraine.

### Autor

Dr. Marc-Antoine Eyl-Mazzega

[eylmazzega@ifri.org](mailto:eylmazzega@ifri.org)

Dr. Marc-Antoine Eyl-Mazzega ist Direktor des Ifri Centre for Energy in Paris ([www.ifri.fr](http://www.ifri.fr)).

Hinweis: Für diesen Text ist nur der Autor verantwortlich. Er gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Beratergruppe Ukraine wieder.

### Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

[Newsletter bestellen / abbestellen](#)

### Deutsche Beratergruppe Ukraine

<http://www.beratergruppe-ukraine.de/>

Die Beratergruppe berät seit 1994 die ukrainische Regierung zu wirtschaftspolitischen Fragen. Sie wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.



BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin

+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | [info@berlin-economics.com](mailto:info@berlin-economics.com) | [Impressum](#)